
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 3

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie

am 17.08.2009

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Hartmut Ganzke
Ursula Lindstedt
Hildegard Rüwald
Ursula Erdelkamp
Ute Giedinghagen
Ursula Sopora
Jochen Nadolski-Voigt
Heike Schaumann
Manuela Veit
Claudia Isenberg
Dieter Drescher
Brunhilde Weinhold
Elsbeth Kiel
Leo Klempert

sachkundige Bürger

Christel Jachmann
Bodo Freund
Doris Holtmeier
Rita Schröder
Gabriele Wentzek

Von der Verwaltung

Herr Sparbrod, Dez. III
Herr Diekmännken, L 50
Frau Rauert, L PK
Frau Bierwolf-Siegrist, Schriftführerin

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Schülken und Frau Schmidt, O-Ton Services GmbH
Herr Banning, Staatsschutz
Herr Kischel, Kreispolizeibehörde Kreis Unna
Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Vertreter der lokalen Medien
interessierte Bürger / innen
weitere Angehörige der Verwaltung

Herr Nadolski-Voigt begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Auf Nachfrage von Frau Giedinghagen, warum der informatorische Bericht der ARGE Kreis Unna nicht auf der Tagesordnung zu finden sei, teilt Herr Sparbrod mit, dass das Zahlenmaterial aktuell für den Haushalt 2010 überarbeitet werde. Berichtenswerte Veränderungen oder andere wichtige Informationen seien derzeit nicht ersichtlich. Daher sei auf den Bericht verzichtet worden.

Frau Giedinghagen beantragt, die Punkte drei und vier der Tagesordnung zu einem Punkt drei zusammen zu fassen. Diesem Vorschlag wird durch die Mitglieder des Ausschusses zugestimmt. Weitere Änderungen oder Ergänzungen der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Sozialticket im Kreis Unna
Ergebnisse der Befragung der Abonnenten des Sozialtickets
- mündlicher Bericht O-Ton Call Center Services GmbH -

Punkt 2

Aufarbeitung radikaler Ausschreitungen im Kreis Unna
(Umsetzung des Kreistagsbeschlusses vom 27.01.2009)
- mündlicher Bericht des Staatsschutzes und der Kreispolizeibehörde -

Punkt 3

Zuschüsse zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

Punkt 3.1

092/09
Zuschuss zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

Punkt 3.2

093/09

Zuschuss zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

Punkt 4

094/09

Einrichtung von Pflegestützpunkten im Kreis Unna

Punkt 5

098/09

Resolution des Kreises Unna zum Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen

- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.07.2009 -

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Sozialticket im Kreis Unna

Ergebnisse der Befragung der Abonnenten des Sozialtickets

- mündlicher Bericht O-Ton Call Center Services GmbH -

Erörterung

Herr Nadolski-Voigt begrüßt Frau Schmidt und Herrn Schülken von der O-Ton Services GmbH. Herr Schülken präsentiert die wichtigsten Aspekte, die sich aus der Befragung der Abonnenten des Sozialtickets ergeben haben. Der Folienvortrag ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt. Insbesondere wird darauf eingegangen, dass mehr als 80 Prozent der Befragten das Sozialticket an mindestens drei bis vier Tagen in der Woche nutzen. Die Nutzungshäufigkeit sei die höchste bei der Altersgruppe der 16- bis 25-jährigen. Das Gesamtergebnis zeige deutlich, dass eine große Bandbreite verschiedener Zwecke – die Mobilität, die Teilhabe an der Gesellschaft und die Erwerbstätigkeit – durch ein Abonnement des Tickets erreicht werden könne.

Im Anschluss werden Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet. Herr Sparbrod stellt dar, dass bisher insgesamt 4.970 Anträge für ein Sozialticket gestellt wurden, von denen 3.354 bewilligt werden konnten. Im Haushalt 2009 seien Ausgaben von 460.000 € bis 470.000 € eingeplant. Bei einer gleichbleibenden Entwicklung der Antragszahlen sei für das gesamte Jahr 2009 mit Aufwendungen von ca. 1,3 Millionen Euro bei Erträgen von ca. 700.000 € zu rechnen. Die tatsächlichen Nettoaufwendungen für das Sozialticket lägen dann bei etwa 620.000 € für das Jahr 2009. Endgültige Werte könnten jedoch erst am Jahresende nach der

Abrechnung genannt werden, da alle bisherigen Zahlen auf Schätzungen beruhen würden.

Zum Abschluss bedankt sich Herr Nadolski-Voigt bei dem vortragenden Herrn Schülken und weist darauf hin, dass die Diskussion bezüglich der Aufwendungen für das Sozialticket in einem anderen Rahmen zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal aufgegriffen werde.

Neben dem Folienvortrag werde den Ausschussmitgliedern eine Management-Zusammenfassung der Befragung zur Verfügung gestellt (Anlage 2).

Punkt 2

Aufarbeitung radikaler Ausschreitungen im Kreis Unna
(Umsetzung des Kreistagsbeschlusses vom 27.01.2009)

- mündlicher Bericht des Staatsschutzes und der Kreispolizeibehörde -

Erörterung

Zunächst begrüßt der Vorsitzende Herrn Kischel von der Kreispolizeibehörde und Herrn Banning vom Staatsschutz. Der folgende Vortrag beziehe sich auf den Beschluss des Kreistages aus Januar 2009, wonach ein Bericht erfolgen solle, um einen Überblick über radikale Ausschreitungen im Kreis Unna in den letzten zwei Jahren zu gewinnen. Herr Banning und Herr Kischel seien hierzu als Fachleute hinzugezogen worden. Ein Bericht der Kreispolizeibehörde und des Polizeipräsidiums Dortmund zum Rechtsextremismus im Kreis Unna ist dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt.

Das Wort wird an Herrn Kischel übergeben, welcher zunächst einige Fakten darlegt. Im Kreis Unna würden jährlich etwa 22.000 Straftaten verübt, 60 bis 70 davon seien radikale Ausschreitungen. Somit seien 0,3 Prozent der Gesamtstraftaten als radikale Ausschreitungen zu werten.

Im Jahr 2007 seien 58 Straftaten mit radikalem Hintergrund gezählt worden, im Folgejahr 2008 64 Fälle. Den Hauptanteil von 55 Taten würden Propagandadelikte ausmachen, außerdem seien sechs Sachbeschädigungen, eine Beleidigung und zwei Gewaltdelikte erfasst worden.

In den letzten Jahren, auch mit einbezogen das erste Halbjahr 2009, zeige sich eine steigende Tendenz radikaler Ausschreitungen. Im vergangenen halben Jahr seien 76 Straftaten gezählt worden, darunter ein Gewaltdelikt. Herr Kischel stellt heraus, dass überwiegend Propagandadelikte erfasst würden, worunter zum Beispiel Graffiti-Schmierereien oder „Heil-Hitler“-Rufe zählen würden. Massive Gewalt sei nicht zu verzeichnen.

Im Anschluss daran trägt Herr Banning vor, dass in Nordrhein-Westfalen in 16 von 50 Kreispolizeibehörden „Staatsschutz“-Stellen mit entsprechenden Kommissariaten (KK I5) eingereicht seien. Seiner Ausführung nach überwiegen bundesweit – wie auch im Kreis Unna – die Propagandadelikte. Zu den Gewaltdelikten, die hier in nur sehr geringer Zahl auftraten, im Kreis Unna im ersten Halbjahr 2009 nur ein Fall, würden nach Zuordnung des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen u.a. Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte sowie Tötungsdelikte zählen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Banning, dass nur rechtsradikale Delikte seinem Bericht zu Grunde lägen, da die Verfolgung anderer radikaler Delikte einem anderen Kommissariat zugeordnet sei und er über

entsprechende Zahlen nicht verfüge. Er geht auf die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus ein, welche sich schon im visuellen Bild sehr gewandelt hätten. Der Trend ginge weg von den „gewohnten“ Erscheinungen mit Springerstiefeln, Glatzen und ähnlichem. Zu verzeichnen sei ein Zulauf von immer jüngeren Menschen, insbesondere aus der Gruppe der 16 – 25 jährigen. Unter dem Schlagwort „autonomer Nationalismus“ werde ein Lebensstil vorgestellt, der sich vom Fahnen-schwenken und Parolen grölen in der Vergangenheit, hin zum Auftreten „normaler“ Jugendlicher / Heranwachsender in der Gegenwart geändert hätte. Es werde Freizeit- und Lebensgestaltung angeboten. Die wahren Hintergründe seien nicht immer zu erkennen, so dass viele Jugendliche die Angebote wahrnehmen würden.

In Unna sei auf Grund dieses neuen Auftretens zunächst nicht klar gewesen, dass es tatsächlich eine organisierte Rechte Szene gebe. Nach einer Schlägerei mit rechtem Hintergrund am 16.04.2009 im Jugendcafé in Unna hätte jedoch ein Personenkreis festgestellt werden können, der hinter einer Vielzahl von rechtsradikal motivierten Straftaten vermutet werde. Hierbei sei das oben schon genannte erstaunlich junge Alter der Verdächtigen festgestellt worden. Auch sei aufgefallen, dass die Jugendlichen nicht unbedingt aus schwachen sozialen Verhältnissen stammen würden, sondern zum Teil aus geordneten Familienverhältnissen. Insgesamt würden die Ermittlungen gegen die Szene durch die neue Erscheinungsform schwieriger.

Herr Banning erläutert, es würde weiterhin Präventionsarbeit in Form von Vorträgen erfolgen. Man habe die Zielgruppe jedoch verändert und wende sich nun nicht mehr direkt an die Jugendlichen sondern an Multiplikatoren, also zum Beispiel Erzieher und ausbildend Tätige. Der Erfahrung nach stünden diese rechtsextremistischen Phänomene eher hilflos gegenüber. Das Bewusstsein für und die Wahrnehmung von Rechtsextremismus sollen so geschärft werden. Es sei besonders schwierig, zu erkennen wie bzw. wo die Jugendlichen sich vom Rechtsextremismus angezogen fühlen. Ansatzpunkte für die Präventionsarbeit seien daher nur schlecht zu finden und eine Schulung der Multiplikatoren sehr wichtig.

Zahlenmaterial zum Themenfeld Straftaten aus der linksextremistischen Szene liegen nach Erläuterung von Herrn Banning im Verfassungsschutzbericht des Landes vor. Straftaten der linken Szene würden insgesamt einen geringeren Anteil an den Gesamtstraf-taten als Straftaten aus dem rechten Spektrum bilden. Insgesamt würden politische Gesinnungen aus der Gesellschaft heraus erwachsen, sowohl rechte als auch linke Ansichten seien in vielen Facetten zu beobachten.

Weitergehende Fragen werden kurz erörtert.

Punkt 3

Zuschüsse zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

Erörterung

Herr Nadolski-Voigt weist noch einmal darauf hin, dass die ursprünglichen Punkte drei und vier der Tagesordnung zusammengefasst worden sind unter dem Tagesordnungspunkt 3.

Frau Giedinghagen beantragt für die CDU-Fraktion, beiden Projekten die gleiche Bezuschussung in Höhe von je 800 € zu gewähren. Herr Sparbrod teilt mit, dass diese Summe im Haushalt zur Verfügung stehe.

Punkt 3.1

092/09

Zuschuss zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

Beschluss

Der Ausschuss unterstützt die Arbeit der Krebsberatungsstelle des Sozialdienstes Katholischer Frauen e.V., Ortsverein Werne, mit einem zweckgebundenen Zuschuss für die Qualifizierung einer Mitarbeiterin im Rahmen der Weiterbildung „Psychosoziale Onkologie (WPO)“ in Höhe von 800,00 €.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3.2

093/09

Zuschuss zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

Beschluss

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales unterstützt die Arbeit des Integrationsunternehmens DasDies Service GmbH mit einem zweckgebundenen Zuschuss in Höhe von 800,00 € für die Anschaffung eines Spezialanhängers zur Beförderung spezieller Fahrräder .

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

094/09

Einrichtung von Pflegestützpunkten im Kreis Unna

Erörterung:

Herr Sparbrod erläutert, dass in Absprache mit dem Land zumindest drei Pflegestützpunkte je Kreis vorgesehen seien, wovon einer in kommunaler Trägerschaft errichtet werden solle. In den Verhandlungen mit den Pflegekassen sei die AOK Unna die einzige Pflegekasse gewesen, die sofort einen Pflegestützpunkt einrichten wollte. Letztlich habe sich dann die Bundesknappschaft Lünen bereit erklärt, ebenfalls einen Pflegestützpunkt zu errichten. Der dritte Stützpunkt solle seinen Sitz in Kamen haben und die Aufgabenwahrnehmung durch die Verbraucherzentrale Kamen erfolgen. Derzeit werde nach geeigneten Räumlichkeiten gesucht, da die bisherigen Räume der Verbraucherzentrale nicht ausreichend seien.

Die seit Jahren gute und erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale solle mit der Anbindung des Pflegestützpunktes fortgesetzt werden. Im anderen Falle müsse der Kreis Unna dafür eigenes Personal vorhalten und entsprechende Stellen im Stellenplan einrichten. Mit den Pflegekassen sei die

Zusammenarbeit des Kreises mit der Verbraucherzentrale abgestimmt worden.

Die Verträge für den Einsatz des Personals der Verbraucherzentrale müssen noch ausgehandelt werden, grundsätzlich sei man sich jedoch einig.

Zum 01. Dezember sollen die Pflegestützpunkte im Kreis Unna dann offiziell eingerichtet werden.

Alle weiteren Informationen seien der Vorlage zu entnehmen. Die Verträge wären derzeit in der Vorbereitung, sie würden zu gegebener Zeit noch zur Abstimmung gegeben.

Herr Sparbrod ergänzt auf Nachfrage, dass die Qualifikation und Fortbildung des Personals der Verbraucherzentrale entsprechend den hierzu ergangenen Vorgaben erfolgen werde. Dies würde durch die Anschubfinanzierung des Landes sichergestellt werden.

Beschluss

1. Es wird erwartet, dass innerhalb des Kreisgebietes 3 gemeinsame Pflegestützpunkte der Pflege-/ Krankenkassen und des Kreises Unna entstehen.
2. Für den Pflegestützpunkt in Anbindung an die kommunalen Strukturen wird die Verwaltung beauftragt, entsprechende Verhandlungen für einen Standort in Kamen zu führen.
3. Es ist auch zukünftig zu gewährleisten, dass durch Sprechzeiten in allen kreisangehörigen Kommunen ein flächendeckendes Beratungsangebot besteht.
4. Der Kreis Unna hält weiterhin an einer Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale NRW (VZ) fest und beauftragt die VZ mit der Aufgabenwahrnehmung in den gemeinsamen Pflegestützpunkten. Die Verwaltung wird beauftragt, einen neuen Vertrag mit der VZ unter Berücksichtigung der jetzt geltenden Rahmenbedingungen zu erarbeiten.
5. Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, mit den Einrichtungsträgern gemeinsame Stützpunktverträge für die Pflegestützpunkte auf der Grundlage der „Errichtungsverfügung“ vom 28.04.2009 und der für verbindlich erklärten Rahmenvereinbarung vom 27.02.2009 zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 5

098/09

Resolution des Kreises Unna zum Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen

- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.07.2009 -

Erörterung

Da noch Beratungsbedarf besteht, wird die Entscheidung über den Umgang mit der Resolution in die Sitzung des Kreisausschusses bzw. Kreistages verschoben.

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

20jähriges Jubiläum des Netzwerks „Altenarbeit“

Herr Sparbrod teilt mit, dass am 10. November 2009 eine Veranstaltung zum 20jährigen Bestehen des Netzwerks „Altenarbeit“ auf Haus Opherdicke stattfindet. Die Einladungen würden noch versandt.

Weitere Mitteilungen oder Anfragen ergeben sich nicht.

Ende der Sitzung 17.30 Uhr

Anlage

1. Ergebnisse der Befragung der Abonnenten des Sozialtickets – Präsentation der O-Ton Services GmbH
2. Management-Zusammenfassung der Befragung zum Sozialticket – O-Ton Services GmbH
3. Bericht der Kreispolizeibehörde und des Polizeipräsidiums Dortmund zum Rechtsextremismus im Bereich der Kreispolizeibehörde Unna

Nadolski-Voigt

Vorsitzender

Bierwolf-Siegrist

Schriftführerin